

Gabi Zimmer, 09.02.2021

## Die Unglaubwürdigkeit des Westens

Antje Vollmer spricht aus, was schon längere Zeit in mir rumort. Deshalb möchte ich mich zu zwei Punkten äußern. Wie glaubwürdig und zukunftsfähig kann die liberale westliche Demokratie sein, die wichtige Interessen und Sorgen der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger in ihrem eigenen Land ignoriert? Lässt sich der Konflikt zwischen der Geltendmachung der Menschenrechte und ihrer politischen Instrumentalisierung auflösen?

Nicht erst die Corona-Pandemie hat die Stimmung im Land verändert. Aggressivität, Egoismus, Entsolidarisierung breiten sich aus, Nazis, Rassisten und Antisemiten agieren immer dreister. Ich fühle mich an das Ende der DDR erinnert, als etwas anderes die Menschen zunehmend frustrierte: die Lobhudeleien, das Feiern der Erfolge beim Aufbau des Sozialismus. Die da oben und wir hier unten. Wie schnell löste sich die Überzeugung von der Sieghaftigkeit des Realsozialismus in Nichts auf! Seitdem misstrauere ich allen Erzählungen von der ewigen Überlegenheit und Siegesgewissheit der einen über die anderen. Das gilt auch für die liberale westliche Demokratie.

Die Blühträume vom „Reich der Freiheit“, von denen Antje Vollmer spricht, waren nur von kurzer Dauer. Mir klingt es noch in den Ohren: „Lieber arbeitslos im Westen als arbeiten in der DDR“. Kurze Zeit später, als die Treuhand die Betriebe abwickelte, Tausende ihren Arbeitsplatz verloren, war davon nicht mehr die Rede. Nicht wenige der Kollegen und Kolleginnen aus der Produktion meines Betriebes, dem Hersteller von Schwalbe, S51 sowie Jagd- und Sportwaffen in Suhl, traf ich Jahre später in der Schlange vor der Lebensmittelausgabe der Tafel wieder.

Nein, es war nicht die Überforderung der Altbundesrepublik angesichts des überraschenden Mauerfalls. Es war der Rausch des Sieges des Westens über den Osten. Es war aber auch die tiefsitzende Ablehnung eines gesellschaftlichen Modells, das nicht der Logik des Kapitalismus frönte, sondern soziale Gleichheit und ein Leben in Frieden versprochen hatte. Es war blanker Antikommunismus gepaart mit der Überzeugung von der Überlegenheit der abendländischen Kultur über die des Ostens.

Das Erlebnis der Ungerechtigkeit, die Erfahrung, als Jammerossi zu gelten, statt Gehör zu finden, die Wunden der Missachtung, der Würdelosigkeit des Beitritts sitzen tief. Fatale antisoziale Reformprojekte wie Hartz-IV und die dramatische Absenkung des Rentenniveaus durch die Schröderregierung haben viele Menschen mit Recht als Angriff auf ihre Lebensleistung begriffen.

Gesellschaftliche Krisen wie das Chaos um die Geflüchteten 2015, als die ehrliche Willkommenskultur vieler durch mangelhafte staatliche Organisation mehrheitlich kippte oder jetzt auch die Corona-Krise, legen diese Wunden wieder frei.

Die liberale westliche Demokratie hat versagt, als sie mit Offenheit auf die Menschen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Biographien hätte reagieren müssen. Stattdessen warf sie ihnen vor, mit der neuen Demokratie nicht umgehen zu können. Aber gerade die wenigen erfolgreichen Volksbegehren in den neuen Bundesländern betrafen die Senkung der Quoren für Bürgerbeteiligungen.

Der Eindruck ist: Ihr hört uns nicht, wir glauben euch nicht.

Im Kampf gegen alte und neue Nazis, Hass auf Geflüchtete, Respektlosigkeit gegenüber Obdachlosen braucht es sehr, sehr viele Engagierte aus allen Teilen und Regionen der Gesellschaft. Wenn die Mehrheit diese Demokratie nicht mehr verteidigt, wird sie sich genauso wenig halten wie der reale Sozialismus.

Hier komme ich zum zweiten Punkt. In seiner Hybris, wie Antje Vollmer es nennt, hat der Westen, die liberale westliche Demokratie, es geschafft, die 1948 von der UNO proklamierten Menschenrechte zu einem politischen Instrumentenkasten verkommen zu lassen. Bei Bedarf wird er ausgepackt. Selbst dort, wo völlig berechtigt Verhaftungen, Verurteilungen oppositioneller Kräfte, von Journalisten, Wissenschaftlern, ethnischen Minderheiten, die Niederschlagung von Demonstrationen, die Nichtgewährung von Rechten jeglicher Art für Geflüchtete kritisiert werden muss, hinterlässt diese Instrumentalisierung oft einen schalen Geschmack.

Insbesondere weil die Kritik an der Verletzung der Menschenrechte nicht gleichermaßen gegenüber allen Regimes und Mächtigen dieser Erde geübt wird.

Weil sie nicht konsequent die Verletzung sozialer und ökologischer Rechte wie ein Leben ohne Armut, Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnung, ausreichend sauberem Wasser und Energie einschließt.

Weil sie sich der politischen und wirtschaftlichen Interessenlage unterordnet. Russland gegenüber setzt die EU seit Jahren auf Sanktionen, diplomatische und politische Verhandlungen finden kaum noch statt. Die Beziehungen liegen auf Eis. Der Türkei werden dagegen Waffen geliefert, die gegen Kurden im eigenen Land und in Syrien eingesetzt werden. An den EU-Grenzen harren Tausende von Geflüchteten unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern aus. Frontex, die EU-Behörde, die den Schutz der EU-Außengrenzen koordinieren soll, verletzt offensichtlich Menschenrechte, indem sie Geflüchtete in ihren zumeist see-untüchtigen Booten zurückdrängt.

Es bleibt der Eindruck, Menschenrechtsverletzungen werden vor allem kritisiert, um andere politische und wirtschaftliche Modelle als die, die der Westen unter Demokratie versteht, von Grund auf zu delegitimieren.

Dabei kenne ich diesen Konflikt selbst, zwischen notwendiger Solidarität, Hilfe und Unterstützung für jene, deren Leben und Zukunft bedroht sind, und der Frage zu unterscheiden, wie weit das Eingreifen von außen gehen darf. Als linke Europaabgeordnete habe ich ihn x-mal mit mir selbst, in der Linken, in meiner Fraktion und im Parlament austragen müssen.

Besonders zeigte sich das unmittelbar nach den vom Westen unterstützten Ereignissen auf dem Maidan, in Odessa und anderen Orten der Ukraine, auf die Russland mit der Sezession der Krim reagierte. Ersten Sanktionen der EU gegen russische Politiker, Militärs, Abgeordnete der Duma, Einschränkungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit folgte die russische Seite ihrerseits mit Sanktionen und Einreiseverboten gegenüber EU-Bürgerinnen und Bürger, darunter Europaabgeordneten. Gesprächskontakte wurden auf Eis gelegt. Absurdes und Gefährliches wechselten sich ab.

Mit Abgeordneten meiner Fraktion besuchte ich 2015 das russische Parlament. Just zum gleichen Zeitpunkt wurde der Präsident der Duma während seines Rückflugs von einer internationalen Konferenz in Genf entgegen aller Gepflogenheiten von Schweizer Militärmaschinen eskortiert. Uns entsetzte aber auch die am gleichen Tag öffentlich gewordene Forderung der KP Russlands nach Wiedereinführung der Todesstrafe. Am Abend dann eine intensive Debatte mit russischen Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener Menschenrechtsinitiativen, die sehr widersprüchlich auf die Folgen der beschlossenen Sanktionen eingingen. Sie sorgten sich, dass die Entfremdung zwischen EU und Russland es ihnen erschwere, sich für die Stärkung der demokratischen Rechte in ihrem Land einzusetzen.

Zurückgekehrt fanden wir anfangs offene Ohren für unseren Vorschlag, beide Parlamente sollten sich gleichzeitig für die Aufhebung der Sanktionen gegen Abgeordnete aussprechen, Dialog wieder

ermöglichen - als ersten Schritt, um die Spirale der Sanktionen zu durchbrechen. Allerdings war die Angst vor der heftigen Gegenwehr nationalistischer, antirussischer Kräfte im EP und auch im Rat zu hoch.

Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland hatten sich zuvor erneut verschlechtert. Russische Streitkräfte griffen zur Unterstützung syrischer Regierungstruppen in einen Krieg ein, in dem mehrere westliche Staaten wiederum aktiv die „Rebellen“ im Kampf zum Sturz von Assad unterstützten. Die Strategie des „Regimechange“, die seitens der EU bereits vor dem Ausbruch des Krieges auch durch ihre Nachbarschaftspolitik und Sanktionen verfolgt wurde, hatte nicht die Verletzung der Menschenrechte in Syrien stoppen können. Sie hatte ihren Anteil an der Eskalation, an einem furchtbaren Bürger- und Stellvertreterkrieg, der Hunderttausenden Menschen das Leben kostete.

Schon in den 90ern hatte der NATO-Angriff auf Serbien Krieg auf europäischen Boden wieder möglich gemacht. Auslöser war ein von Separatisten entfacht Bürgerkrieg, bei dem die westliche Seite jene, die zuvor als Terroristen eingestuft waren, zu Freiheitskämpfern stilisierte. Die Osterweiterung der NATO, die Änderung von Grenzen in Europa zeigten, wie fragil Frieden und Sicherheit sind. Die Instrumentalisierung der Menschenrechte für erhoffte Regimewechsel spitzt Konfrontationen zu. Die Proteste auf dem Maidan einerseits, die zunehmende Stärkung nationalistischer, faschistischer Kräfte in der Ukraine andererseits verdeutlichten die Widersprüche. Irritierend aber auch die einseitige Parteinahme des damaligen deutschen Außenministers und auch manch konservativer und grüner Spitzenleute. Schockierend die ernst gemeinte Forderung baltischer nationalistischer Europaabgeordneter, nun endlich Panzer über die russische Grenze in Bewegung zu setzen.

Es steht außer Frage: Im Umgang mit den Menschenrechten ist der Westen unglaublich. Moralischer Rigorismus, antikommunistische Vorurteile, politische Instrumentalisierung bis hin zum „Regimechange“, aber auch unkritische Verteidigung autoritärer oder auch Menschen verachtender Machtstrukturen trüben den Blick. Wirksame Solidarität erfordert Empathie, den Blick für die individuelle Situation und die kollektiven Interessen von Menschen. Weg von Sanktionen, die bisher in keinem Fall produktiv waren. Stattdessen Nutzung aller diplomatischen Kanäle. Militärisch abrüsten, verhandeln, sich gegenseitig respektieren, ökonomische und wissenschaftliche Zusammenarbeit ausbauen, den kulturellen und den Jugendaustausch stärken, gemeinsam die globalen Probleme lösen wollen. Auf diese Weise kann die Durchsetzung von Menschenrechten am besten gefördert werden.